Anwaltskommission



ANWALTSPRÜFUNG KANTON AARGAU

SOMMER 2025

Öffentliches Recht

Experte: Hans-Jürg Roth, Leiter Rechtsdienst Departement Bildung,

Kultur und Sport

Dauer: 4 Stunden

Hilfsmittel: Bundesrecht:

Bundesverfassung (<u>SR 101</u>)

• Zivilprozessordnung (SR 272)

Kantonales Recht:

- Kantonsverfassung (<u>SAR 110.000</u>)
- Gemeindegesetz (SAR 171.100)
- Verwaltungsrechtspflegegesetz (SAR 271.200)
- Schulgesetz (SAR 401.100)
- Schulgeldverordnung (SAR 403.155)
- Verordnung über die Volksschule (SAR 421.313)
- Promotionsverordnung (SAR 421.352, inkl. Anhänge)

Kommunales Recht:

Satzungen Kreisschule Aarau-Buchs (<u>SRS 0.4-1</u>)

Hinweise:

Die Fälle sind ausschliesslich gestützt auf den vorgegebenen Sachverhalt zu lösen (keine Erweiterung oder Ergänzung des Sachverhalts). Geben Sie bei der Lösung jeweils die Rechtsgrundlage an. Unterlassen Sie in Ihrer Arbeit jeden Hinweis auf Ihre Person. Punkte werden nur für schlüssige und nachvollziehbare Ausführungen vergeben. Krass unzutreffende oder an der Sache vorbeigehende Ausführungen führen zu einem Punkteabzug. Achten Sie bei der Lösung auf die systematische Darstellung und den sprachlichen Ausdruck.

Sachverhalt

1.

Die Eltern Sorgsam bewohnen zusammen mit ihrer dreizehnjährigen Tochter Mia und vier weiteren Kindern ein grösseres Einfamilienhaus in Aarau. Sie kontaktieren Sie, um mit Ihnen aus rechtlicher Sicht verschiedene Optionen sowie deren allfälligen finanziellen Folgen in Bezug auf die schulische Laufbahn ihrer Tochter Mia zu besprechen.

Mia besucht gegenwärtig eine zweite Klasse der Sekundarschule im Schachen in Aarau. Träger der gesamten Volksschule für die beiden Einwohnergemeinden Aarau (inklusive Ortsteil Rohr) und Buchs ist der Gemeindeverband "Kreisschule Aarau-Buchs".

Während die Mutter von Mia eine erfolgreiche Influencerin ist und mittlerweile mittels lukrativer Werbeverträge gut für den ganzen Lebensunterhalt der Familie aufkommen kann, haben Mias Eltern zwar eine Berufslehre abgeschlossen, verfügen aber weder über eine gymnasiale Maturität, Berufs- oder Fachmaturität, noch über eine abgeschlossene Ausbildung der höheren Grundbildung (höhere Fachschule).

2.

Anlässlich des vereinbarten Termins schildern Ihnen die Eltern Sorgsam die aktuellen schulischen Probleme ihrer Tochter wie folgt:

"Unsere Tochter Mia ist sehr intelligent, hat sich aber nie richtig in der Regelschule integrieren können. Nach dem Übertritt in die Sekundarschule wurde sie zunehmend von ihren Mitschülerinnen und Mitschülern gemobbt. Sie ist eine Aussenseiterin, hat keine enge Schulfreundin und versucht ihre Situation zu verbessern, indem sie ihr Leistungspotential absichtlich nicht voll ausschöpft und so beispielsweise bei Prüfungsarbeiten wissentlich Fehler einstreut. In letzter Zeit verweigert Mia den Schulbesuch immer vehementer. Leider kann sie auf keine Lehrperson zählen, die sie in ihren persönlichen schulischen Schwierigkeiten auffangen und unterstützen könnte. Und auch die Verantwortlichen der Schule weigern sich, eine einvernehmliche Lösung für die weitere schulische Laufbahn von Mia anzubieten. Auch das von uns beobachtete Mobbingverhalten ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler, insbesondere in den sozialen Medien, nehmen die Verantwortlichen der Schule nicht genügend ernst."

Zur Diskussion stehen aktuell folgende Optionen:

- a) Primär möchten die Eltern ihre Tochter Mia an die vom Kanton Zürich anerkannte Privatschule "Talenta" nach Zürich schicken. Sie hatten dies ins Auge gefasst, die Gemeinde weigerte sich aber anlässlich eines mündlichen Austauschs, die selbst für ihr Familienbudget hohen Schulgelder von rund 26'000 Franken pro Jahr und die Transportkosten ganz oder zumindest teilweise zu übernehmen.
- b) Alternativ ziehen die Eltern eine private Schulung ("Homeschooling") in Betracht. Auch diese Option hatten sie bereits mit den Schulverantwortlichen vor Ort sowie mit den Fachpersonen des Departements Bildung, Kultur und Sport zu klären versucht. Doch dort habe man ihnen erklärt, sie erfüllten die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür nicht.
- c) Letztlich bleibt die Option, Mia an die Oberstufe (Sekundarschule oder in Berücksichtigung ihres Leistungspotentials und einem gegenwärtigen Notendurchschnitt von knapp 5 in allen Kernfächern in die Bezirksschule) nach Baden, zu schicken. Träger der Volksschule ist die Einwohnergemeinde Baden. In Baden wohnen auch die Grosseltern von Mia sowie drei gleichaltrige gute Freundinnen in ihrem Alter. Die Familie Sorgsam zog vor vier Jahren von Baden nach Aarau um.

Aufgabe 1 (max. 36 Punkte, je 12 pro Option)

Prüfen Sie die drei Optionen a)-c) unter Ziffer 3 des Sachverhalts im Hinblick auf die möglichen rechtlichen Schritte zu deren Durchsetzung bis zur letztmöglichen Rechtsmittelinstanz auf kantonaler Ebene bezüglich:

- Zuständigkeiten (inklusive Rechtsweg)
- Verfahren (inklusive Rechtsweg)
- Formulierung der korrekten Anträge an die jeweils erstinstanzlich zuständigen Behörden (ohne Rechtsweg)

Hinweise:

Sollte Ihnen eine Rechtsgrundlage im <u>kommunalen</u> Recht fehlen, benennen Sie diese und loten Sie die in Frage kommenden Zuständigkeiten auf kommunaler Ebene aus, die Sie allenfalls später noch klären müssten.

Vermeiden Sie Wiederholungen bei der Beantwortung von Option b) ("Homeschooling") und der Aufgabe 2 unten.

Aufgabe 2 (max. 36 Punkte)

Die Eltern von Mia führen aus, ein befreundeter Anwalt, der aber beruflich nur Zivilund Straffälle vertrete, habe ihnen gesagt, er könne aus rechtlicher Sicht nicht nachvollziehen, dass der Kanton auf Verordnungsebene Voraussetzungen aufstelle, die es einem Grossteil der Eltern verbieten würden, ihr Kind zuhause zu beschulen. Das verstosse seiner Beurteilung nach (aber ohne genauere Prüfung) gegen verfassungsmässige Grundrechte.

a)

Wie beurteilen Sie diese Auffassung und was können Sie aus rechtlicher Sicht tun, um die in der geltenden Verordnung über die Volksschule verankerten Voraussetzungen auf dem schnellstmöglichen Weg zu Fall zu bringen und so Rechtssicherheit zu schaffen?

Die Eltern möchten eine rasche Klärung, weil allenfalls auch ihre jüngeren Kinder zuhause geschult werde sollen.

b)

Wie schätzen Sie die Prozesschancen ein?